



dbb nrw
beamtenbund
und tarifunion

nordrhein-
westfalen

Pressemitteilung 18. Dezember 2006

Mitbestimmung abschaffen, Personal abbauen: So nicht mit uns! DGB NRW und dbb nrw sind sauer auf Landesregierung

Maßlos enttäuscht sind der **Deutsche Gewerkschaftsbund** und der **Deutsche Beamtenbund** über die Pläne der Landesregierung zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) und über den beabsichtigten weiteren Personalabbau im Öffentlichen Dienst durch die Schaffung einer neuen Landesbehörde. Diese soll durch ein Personaleinsatzmanagement (PEM) 12.000 Stellen abbauen.

Heftige Kritik richten die beiden Vorsitzenden dabei an Ministerpräsident Rüttgers und seinen Innenminister. Diese hatten im Vorfeld dem **DGB** und dem **dbb** eine frühzeitige und umfassende Information und Beteiligung im Laufe der Gesetzgebungsverfahren angekündigt. Doch bis heute findet diese Beteiligung nur formal, nicht inhaltlich statt. Lediglich über Dritte sind die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen informiert.

„Wir haben den Eindruck, dass uns Herr Rüttgers mit seinen Ankündigungen nur ruhig stellen wollte. Von einer Einbindung und frühzeitigen Information sind wir weit entfernt. Daher ziehen wir aus dem Umgang der Landesregierung mit den Gewerkschaften nun unsere eigenen Schlüsse und erklären den Schmusekurs für beendet.“ urteilt **Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB Bezirk NRW.**

DGB und **dbb** kommen vielmehr zu dem Ergebnis, dass es der Landesregierung nicht nur darum geht, einzelne Mitbestimmungstatbestände abzuschaffen, sondern auch, den Gewerkschaften und Personalräten zuerst die gesetzlichen Beteiligungsrechte zu entziehen, um anschließend im ganzen Land „ungestört“ Personalabbau zu betreiben.

„Arbeitsmöglichkeiten und Rechte für Personalräte sollen in NRW in weiten Teilen abgebaut werden, damit die Landesregierung anschließend ungehindert Personal reduzieren kann! Das ist weder demokratisch noch erforderlich. Das ist politischer Rückschritt.“ lautet das Fazit von **Ralf Eisenhöfer, Vorsitzender des dbb nrw.**

Die von der Landesregierung bislang aufgeführten Gründe für eine Änderung der Rechtslage sind teils abenteuerlich, teils falsch. Personalräte sind keine Blockierer von Personalmaßnahmen sondern die gewählten Vertreter zum Schutze der Beschäftigten. Personalräte verhindern auch nicht die Einführung von neuen Techniken, sondern fordern diese im Gegenteil vehement ein: In den Schulen, im Polizeidienst und in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen in NRW!

Guntram Schneider und **Ralf Eisenhöfer** kündigen der Landesregierung gegenüber daher eine geschlossene Front der Gewerkschaften gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten an.

Gartenstraße 22
D-40479 Düsseldorf

Telefon 0211.491583-13
Telefax 0211.491583-10
r.bergendahl@dbb-nrw.de
www.dbb-nrw.de

information

Verantwortlich: Ralf Eisenhöfer, Landesvorsitzender